



Gemeinderat
Stadt Bern



Unbewilligte Kundgebung Pro Palästina vom 11. Oktober 2025

Bericht des Gemeinderats zur politischen Aufarbeitung

Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Kurzer Rückblick auf die unbewilligte Kundgebung vom 11. Oktober 2025	5
3.	Ausgangslage und Massnahmen im Vorfeld des 11. Oktober 2025	6
4.	Beurteilung der Situation und Ereignisse an der unbewilligten Kundgebung..	8
5.	Stellungnahme zu Kritik und Fragen im Anschluss an die Ausschreitungen.	10
6.	Schlussfolgerungen des Gemeinderats und Lehren für die Zukunft	19
Anhang: Bericht der Kantonspolizei Bern vom 16. Dezember 2025 zu den Ereignissen der unbewilligten Kundgebung «2 Jahre Genozid – 100 Jahre Widerstand» vom 11.10.2025		21

1. Einleitung

Beim vorliegenden Bericht handelt es sich um eine politische Einordnung aus Sicht des Gemeinderats zu den gewalttätigen Ereignissen im Zusammenhang mit der unbewilligten Kundgebung vom 11. Oktober 2025 zu «2 Jahre Genozid – 100 Jahre Widerstand» (in der Folge als unbewilligte Kundgebung Pro Palästina bezeichnet). Der Bericht wurde an der Sitzung des Gemeinderats vom 14. Januar 2026 verabschiedet.

Seit dem Jahr 2008 verfügt die Stadt Bern über keine eigene Polizei mehr. Sie trägt noch die strategische und politische Verantwortung für die sicherheits- und verkehrspolizeilichen Aufgaben (Art. 10 kant. Polizeigesetz; BSG 551.1). Die operativen Polizeiaufgaben liegen in der Zuständigkeit und Verantwortung der Kantonspolizei. Der polizeilich-operativ ausgerichtete Bericht der Kantonspolizei über den Einsatz am 11. Oktober 2025 und die Beantwortung von Fragen durch die Kantonspolizei befindet sich im Anhang zu diesem Bericht. Der vorliegende Bericht mit Anhang wurde der Geschäftsprüfungskommission des Stadtrats zugestellt.

Der politischen Einordnung wird die juristische Aufarbeitung der Ereignisse durch die Justiz in den entsprechenden Strafverfahren und Zivilprozessen (Schadenersatz) folgen. Diesen Verfahren kommt eine wichtige Bedeutung bei der Aufarbeitung der Ereignisse zu. Der Gemeinderat hat in seiner Medienmitteilung vom 15. Oktober 2025 seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die verantwortlichen Organisator*innen und Gewalttäter*innen der Ausschreitungen durch die laufenden Ermittlungen zur Rechenschaft gezogen werden können. Auch die Verhaltensweise der Polizei ist aufgrund von Anzeigen Gegenstand von Ermittlungen durch die Justiz. Hier ist zu beachten, dass entsprechende Verfahren durch Ermittlung der Polizei und Beurteilung durch die Justiz noch eine längere Zeitdauer beanspruchen werden. Gewisse im Raum stehende Fragen können aufgrund der laufenden Ermittlungen deshalb (noch) nicht beantwortet werden. Bezüglich der juristischen Aufarbeitung hat die Stadt bereits so weit als möglich und erforderlich Strafanzeige | Strafantrag eingereicht bzw. die nötigen Vorkehrungen getroffen, damit eine Kostenüberwälzung nach rechtskräftigen Urteilen der Strafbehörden verfügt werden kann (Art. 54 ff. des kantonalen Polizeigesetzes, PolG, BSG 551.1).

Bezüglich der Rahmenbedingungen einer Aufarbeitung ist im Weiteren zu beachten, dass gewisse im Raum stehende politische Forderungen andere Staatsebenen betreffen, insbesondere die Bundespolitik oder die Strafjustiz (z.B. Verbot von Antifa, Ausbau präventiver Überwachung durch die Bundespolizei, härtere Strafen bei Gewalt etc.). Der Gemeinderat fokussiert auf die Zuständigkeiten der Stadt Bern und äussert sich in diesem Bericht nicht im Einzelnen zu solchen Massnahmen anderer Staatsebenen. Es ist aber richtig, dass auch auf diesen Ebenen Massnahmen zu prüfen sind, zumal solche Gewaltexzesse nicht nur «eine» Stadt in der Schweiz betreffen und allfällige Regelungs- bzw. Handlungsspielräume auf übergeordneter Staatsebene auszuleuchten sind.

2. Kurzer Rückblick auf die unbewilligte Kundgebung vom 11. Oktober 2025

Die Stadt Bern sah sich für den 11. Oktober 2025 mit einer unbewilligten nationalen Kundgebung zum Nahostkonflikt konfrontiert. Es wurde ab zweiter Hälfte September dazu aufgerufen. Insbesondere wurde in den sozialen Medien sehr breit für die Kundgebung mobilisiert und es zeichnete sich eine sehr grosse Anzahl von Teilnehmenden ab. Im Einzelnen äussert sich der Bericht der Kantonspolizei im Anhang zu den Aufrufen (Ziff. 2.1; 3.1.2; 3.2.3). Vor dem Hintergrund der Mobilisierung zu einer unbewilligten Kundgebung dieser Grössenordnung bemühten sich die Stadtbehörden mit verschiedenen Massnahmen, eine verantwortliche Ansprechperson zu erreichen, um die Rahmenbedingungen einer solchen Kundgebung im ordentlichen Bewilligungsverfahren festzulegen. Die Stadt wollte somit von Anfang an eine Eskalation verhindern. Nachdem die Kontaktaufnahme mit möglichen Organisator*innen nicht gelungen ist, wurde seitens der Stadt Bern aktiv mittels Medienmitteilung abgeraten, an dieser unbewilligten Kundgebung teilzunehmen. Dennoch versammelten sich tausende von Teilnehmenden an der unbewilligten Kundgebung auf dem Bahnhofplatz. Die grosse Mehrheit davon verhielt sich friedlich. Die Zusammensetzung war sehr durchmischt: auch Familien mit Kindern und ältere Menschen nahmen an der Kundgebung teil. Der unbewilligte Umzug vom Bahnhofplatz bis zum Bundesplatz wurde von verummten Teilnehmenden angeführt, die wiederholt pyrotechnische Gegenstände zündeten und permanent trommelten. Zu weiteren Zwischenfällen kam es abgesehen von dem blockierten öV nicht. Die Kantonspolizei war von Beginn weg mit einem Grossaufgebot präsent und griff schliesslich ein, als eine militante Splittergruppe Sachbeschädigungen am Rande des Bundesplatzes verübte und versuchte, die zurückversetzte Polizeisperre in der Amtshausgasse zu durchbrechen. In der Folge kam es zu massiven Sachbeschädigungen entlang der Amtshausgasse, am Bundesplatz und danach in der Schauplatzgasse (hier u.a. Brandstiftung beim Restaurant Della Casa). In der Schauplatzgasse konnte die Polizei schliesslich einen grossen Teil des gewaltbereiten Teils der Demo isolieren und 536 Personen einer polizeilichen Kontrolle unterziehen. 18 Polizist*innen und mehrere Demonstrant*innen wurden beim Einsatz verletzt. Berichte von Menschenrechtsorganisationen sprechen von Hunderten verletzter Teilnehmer*innen. Zumindest die Fallzahlen des Rettungsdienstes und der Notfallstationen haben diese Zahl bis anhin nicht bestätigt. Die Identifizierung der kontrollierten Personen durch die Polizei ergab, dass 80 Prozent aus anderen Kantonen und davon ein beträchtlicher Anteil aus der Westschweiz stammte, was die schweizweite Mobilisierung in die Bundesstadt unterstreicht. 85 Prozent waren Schweizer Bürger*innen zwischen 20 und 29 Jahre alt, 23 Personen minderjährig und rund die Hälfte der kontrollierten Personen Frauen.

3. Ausgangslage und Massnahmen im Vorfeld des 11. Oktober 2025

Im Laufe 2025 fanden, wie in anderen Städten, auch in der Stadt Bern bereits mehrere Pro-Palästina-Kundgebungen statt. Eine Übersicht ist in Ziff. 3.1.1 des Berichts der Kantonspolizei im Anhang enthalten. Für Bern insbesondere erwähnt seien die Kundgebungen vom 24. Mai und 21. Juni 2025. Während die Kundgebung vom 24. Mai unbewilligt durchgeführt wurde und es zu Angriffen auf die Polizei und Sachbeschädigungen kam, blieb die von diversen nationalen Verbänden organisierte bewilligte Kundgebung vom 21. Juni geordnet und friedlich. Auch bei Letzterer kam es zwar zu heiklen Situationen, als eine Minderheit beim Zytglogge versuchte, mit Provokationen die Kundgebung zu stören. Die verantwortlichen Organisator*innen konnten aber mit ihrem eigenen Sicherheitsdienst mässigend eingreifen und die Situation beruhigen. Aus der Sicht des Gemeinderats kann festgestellt werden, dass Medien und Öffentlichkeit bei den unbewilligten Kundgebungen nur von den Ausschreitungen und der Störung der öffentlichen Ordnung Kenntnis nehmen. Bei organisierten bewilligten Kundgebungen steht hingegen stets das Motiv der Kundgebung im Zentrum und führt zu einer politischen Debatte, was ja der Grund des Grundrechtsschutzes ist (Recht auf freie Meinungsäusserung und Versammlung).

Für den 11. Oktober 2025 sah sich die Stadt Bern mit einer unbewilligten nationalen Kundgebung Pro Palästina konfrontiert. Es wurde seit Mitte September 2025 sehr breit in den sozialen Medien für diese unbewilligte Kundgebung mobilisiert. Diese Demo-Aufrufe wurden von Kanälen aus der ganzen Schweiz weiterverbreitet. Diese reichten von bekannten Pro-Palästina-Gruppierungen (Students for Palestine, Bern for Palestine o.ä.) über Gruppierungen und Aktivist*innen aus dem linken Spektrum (z.B. Antifa, Gruppierungen der revolutionären Jugend etc.) bis zu weiteren Organisationen wie Klimastreik Bern oder Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Schweiz. Somit ergab sich eine grosse Dynamik und es schien, dass eine solche Kundgebung zumindest aufgrund der Aufrufe breit getragen wird. Obschon nicht explizit zu Gewalt aufgerufen wurde, mussten die Behörden aufgrund der Erfahrungen bei anderen Pro-Palästina-Kundgebungen – sowohl in Bern aber auch anderen Schweizer Städten – mit Störungen und Sachbeschädigungen durch eine gewaltbereite Minderheit rechnen. Auch deshalb erfolgte der Versuch, diese Minderheit bereits präventiv im Rahmen eines Bewilligungsverfahrens zu isolieren und stattdessen verantwortliche Organisator*innen zu gewinnen. Angesichts der erwähnten breiten Mobilisierung schien es nicht ausgeschlossen, dass wiederum eine tragfähige Basis mit verantwortlichen Organisator*innen für eine geordnete Kundgebung entstehen wird. Entsprechend versuchte die Bewilligungsbehörde (Polizeiinspektorat) auf verschiedenen Wegen, Kontakte zu allfälligen Organisator*innen aufzunehmen. Weil diese Kontaktversuche auf operativer Ebene erfolglos blieben, publizierte die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie am 1. Oktober 2025 eine Medienmitteilung und rief öffentlich dazu auf, mit den Bewilligungsbehörden in Kontakt zu treten. Vorgängige Absprachen mit den Behörden und die Festlegung wichtiger Eckwerte sorgen einerseits dafür, dass die Meinungsäusserungsfreiheit gewährleistet werden kann. Andererseits können so die Interessen der Bevölkerung, des Gewerbes oder des öffentlichen Verkehrs bestmöglich berücksichtigt werden. Auch dieser Aufruf blieb erfolglos.

Gegen Ende September / Anfang Oktober nahm die Mobilisierung zu und die Blockierung der Gaza-Flotte durch Israel verlieh den Anliegen der Kundgebung zusätzliche Dynamik und ein noch stärkeres Mobilisierungspotential.

Am Donnerstag, 2. Oktober 2025, fand in Bern eine sogenannte Spontankundgebung zu diesem Thema statt. Spontankundgebungen sind gemäss städtischem Kundgebungsreglement zulässig als unmittelbare Reaktion auf ein unvorhergesehenes Ereignis und können innert 48 Stunden durchgeführt werden. Diese unterliegen einer Meldepflicht, welcher die Organisator*innen nachgekommen sind. Der erwähnten Kundgebung schlossen sich aufgrund der Dynamik weit mehr Teilnehmer*innen an als gemeldet. In verschiedenen Städten fanden ähnliche Kundgebungen statt, die teilweise einen Mitteleinsatz der Polizei nötig machten. In Hauptbahnhof Bern wurden am 2. Oktober 2025 Bahngleise der SBB blockiert, es gab jedoch keine Ausschreitungen, Verletzte oder Sachschäden. Aufgrund der starken Mobilisierung rechneten die Stadt und die Kantonspolizei für den 11. Oktober 2025 mit bis zu 10'000 Teilnehmer*innen. Auch wenn nicht explizit zu Gewalt aufgerufen wurde, mussten die Behörden vor diesem äusserst dynamischen Hintergrund damit rechnen, dass sich am 11. Oktober 2025 ein bunter Mix an Teilnehmer*innen aus der ganzen Schweiz in Bern einfinden wird und dass sich ihnen auch gewaltbereite Kreise anschliessen. An dieser Einschätzung änderte auch nichts, dass sich wenige Tage bis Stunden vor der Kundgebung vereinzelt Kreise zu distanzieren begannen. Eine Unsicherheit bestand bezüglich der positiven Entwicklung im Kriegsgebiet. Am 9. Oktober wurde zwischen Israel und der Hamas ein Abkommen abgeschlossen, das weltweit als Wendepunkt der kriegerischen Auseinandersetzung oder im Minimum als Hoffnungsschimmer interpretiert wurde. In Israel und im Gazastreifen fanden am 9. und 10. Oktober 2025 Freudenfeiern statt. Die Dynamik blieb jedoch gross.

Mit einem Grossaufgebot bereitete sich die Kantonspolizei auf die möglichen Szenarien vor und informierte die Öffentlichkeit am 9. Oktober 2025 über den Grosseinsatz und mögliche Einschränkungen durch die unbewilligte Kundgebung. Die Stadt ihrerseits stellte am 10. Oktober 2025 mit einer Medienmitteilung nochmals klar, dass die Kundgebung am 11. Oktober 2025 nicht bewilligt ist und riet von einer Teilnahme explizit ab. Dies tat sie unter Hinweis, dass unbewilligte Kundgebungen, insbesondere in der erwarteten Grössenordnung, mit einer schwer vorhersehbaren Dynamik und entsprechenden Risiken zu einer unkontrollierten Gewalteskalation verbunden sind.

Die Stadt Bern (Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie) und die Kantonspolizei standen im Vorfeld in engem und ständigem direktem Austausch. In diesen Gesprächen wurde auch die Option einer Auflösung der unbewilligten Kundgebung bei der Besammlung auf dem Bahnhofplatz erörtert und nicht von vorneherein verworfen. Allerdings werden solche Optionen im Vorfeld und unabhängig der tatsächlichen Lage vor Ort nur in Ausnahmefällen entschieden, wenn beispielsweise explizit zur Gewaltanwendung aufgerufen wird oder es in ähnlichen Konstellationen und einem zeitlichen Bezug bereits zu Gewalt oder anderen strafbaren Handlungen kam. Die Dynamik verlief vorliegend nicht nur in Richtung einer zusätzlichen Mobilisierung nach der Blockierung der Gaza-Flotte. In der Woche der angekündigten Kundgebung verdichteten sich die Zeichen eines Friedensabkommens im Nahen Osten. Am 9. Oktober 2025 wurde wie oben erwähnt ein entsprechendes Abkommen für die erste Phase des Friedensplans in Gaza abgeschlossen. Angesichts der undurchsichtigen Ausgangslage und der grossen Dynamik wurde die Kantonspolizei Bern beauftragt, die Kundgebung zu tolerieren und den Zugang zum Bundesplatz zu ermöglichen, solange sie friedlich verlief und keine grösseren Sachbeschädigungen begangen werden. Deshalb sollte im vorliegenden Fall der Entscheid des

polizeilichen Eingreifens der Kantonspolizei unter Anwendung des Verhältnismässigkeitsgrundsatzes überlassen werden. Dieser Grundsatz besagt insbesondere, dass durch ein polizeiliches Einschreiten die Rechtsgüter unbeteiligter Dritter möglichst nicht gefährdet oder verletzt werden dürfen. Der strategische Auftrag wurde zwischen dem Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie einerseits und den Verantwortlichen der Kantonspolizei andererseits wie in solchen Fällen üblich so abgesprochen, dass die Kantonspolizei die Sicherheit und Ordnung im Rahmen der Verhältnismässigkeit zu gewährleisten hat und bei Sachbeschädigungen oder anderen strafbaren Handlungen einschreitet. Damit beachtete die Stadt Bern im Übrigen auch die Empfehlungen der Kantonspolizei, wie angesichts der Lagebeurteilung mit der unbewilligten Kundgebung umzugehen ist. Flankierend wurde seitens Stadt Bern der Bundesplatz freigehalten, damit sich eine friedliche Kundgebung dieser Grössenordnung angesichts der engen Platzverhältnisse und den zahlreichen unbeteiligten Passant*innen auf dem Bahnhofplatz dorthin bewegen und dort abgehalten werden könnte. Der Bundesplatz gilt als der wichtigste politische Kundgebungsort der Schweiz. Er wurde zu diesem Zweck mit einem Sicherheitszaun vorbereitet und gesichert.

Fazit: Die Behörden sahen sich für den 11. Oktober 2025 mit einer unbewilligten Grosskundgebung mit bis zu 10'000 Teilnehmenden in unterschiedlicher Zusammensetzung und einer breiten Palette von Anliegen und Anhänger*innen konfrontiert. Im Vorfeld der Kundgebung waren keine expliziten Gewaltaufrufe zu verzeichnen, die Kundgebungsaufrufe enthielten nach Angaben der Kantonspolizei auch keine strafbaren diskriminierenden oder antisemitischen Aufrufe. Die Dynamik im Zusammenhang mit der Situation im Nahen Osten war beträchtlich. Neben zusätzlicher Mobilisierung kam es in der Woche vor der Kundgebung zu klaren Zeichen eines Friedensabkommens im Nahen Osten, welches sich durchaus mässigend oder gar positiv auf die Kundgebung hätte auswirken können. Neben mehrheitlich friedlich gesinnten Teilnehmer*innen rechnete man aufgrund der Entwicklung anderer Pro-Palästina-Kundgebungen auch mit einer gewaltbereiten Minderheit. Um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, stand die Kantonspolizei mit einem Grossaufgebot im Einsatz und bereitete sich auf verschiedene Szenarien vor. Sie hatte den Auftrag, die Sicherheit und Ordnung im Rahmen der Verhältnismässigkeit zu gewährleisten und bei Sachbeschädigungen oder anderen strafbaren Handlungen einzuschreiten. Für eine friedliche Kundgebung wurde der Bundesplatz bereitgehalten. Die operative Umsetzung des Auftrags lag wie üblich im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich der Kantonspolizei Bern.

4. Beurteilung der Situation und Ereignisse an der unbewilligten Kundgebung

Trotz des Aufrufs, nicht an der unbewilligten Kundgebung vom 11. Oktober 2025 teilzunehmen, fanden sich gegen 15.00 Uhr tausende von Teilnehmenden (geschätzt rund 8'000) auf dem Bahnhofplatz von Bern ein. Wie angenommen war es eine durchmischte Gruppe von mehrheitlich friedlichen Teilnehmer*innen. Es blieb nicht bei der

unbewilligten Platzkundgebung. Nach der Besammlung auf dem Bahnhofplatz formierte sich ein Umzug, der via Bärenplatz zum Bundesplatz zog. Die Spitze des Umzugs bildete eine Gruppe von verummten Teilnehmenden hinter einem Fronttransparent, welche teilweise Schutzausrüstung trugen (Schutzbrillen, Helme). In dieser Spitze wurde permanent getrommelt, es wurden sogleich nach dem Start und wiederholt pyrotechnische Gegenstände gezündet (Rauchpetarden, Böller). Weitere Zwischenfälle (Angriffe oder Sachbeschädigungen) gab es nicht. Daher wurde die Kundgebung von der Kantonspolizei im Einklang mit dem Auftrag der Stadt nicht an der Entstehung und dem Umzug in Richtung Bundesplatz gehindert. In den Anfängen verblieb die Kundgebung auf dem Bundesplatz friedlich und entsprechend blieb auch die Kantonspolizei bei ihrer deeskalativen Strategie. Nach ersten Sachbeschädigungen im Bereich Bundesplatz bewegte sich die Spitze in Richtung der klar erkennbaren, zurückversetzten Polizeisperre in der Amtshausgasse. Hier eskalierte das Verhalten der gewaltbreiten Gruppe vollständig. Die Einsatzkräfte der Polizei wurden massiv angegriffen. Es wurde eine Baustelle aufgebrochen, um Wurf- und Barrikadengegenstände wie Baustellenlampen und Ziegelsteine zu behändigen, die anschliessend gegen die Polizeimitarbeitenden geschleudert wurden, wonach es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Randalierenden und der Polizei sowie weiteren Sachbeschädigungen kam. Die Gruppe zog sich nach 15 Minuten in Richtung Bundesplatz zurück, der sich inzwischen mit zahlreichen gemässigten Teilnehmenden gefüllt hatte. Nach wie vor bestand jedoch ein Rückstau des Umzugs Richtung Bärenplatz und Spitalgasse.

Die Polizei rief mittels Lautsprecherdurchsagen auf dem Bundesplatz dazu auf, dass einerseits Unbeteiligte und Schaulustige den Ort umgehend Richtung Schauplatzgasse verlassen sollen, was auch teilweise befolgt wurde. Andererseits wurde auch durch die Polizei informiert, dass ein weiterer Umzug nicht toleriert wird. Gleichwohl formierte sich erneut ein Umzug mit einer gewaltbereiten Spitze. Aufgrund der erheblichen Sachbeschädigungen sowie der massiven Gewalt gegen Einsatzkräfte isolierte die Kantonspolizei die militanten Teilnehmenden an der Spitze des sich wieder formierten Umzugs in der Schauplatzgasse. Diese Massnahme führte zu massiver Gegenwehr und Gewalt seitens der militanten Teilnehmenden.

Die Einzelheiten des Kundgebungsverlaufs und der polizeilichen Massnahmen sind in Ziff. 2.2 des Berichts der Kantonspolizei im Anhang enthalten. Der Gemeinderat stellt angesichts dieser detaillierten Schilderungen fest, dass eine gewaltbereite Gruppe im Schutze der Masse rücksichtslose Gewalt verübt und dabei schwere Verletzungen von Polizist*innen und Kundgebungsteilnehmenden in Kauf genommen hat. Zudem kam es zu brachialen Sachbeschädigungen an Gebäuden in der Amtshausgasse, am Bundesplatz und in der Schauplatzgasse. Der Gemeinderat verurteilt diese Gewalt an dieser Stelle erneut in aller Schärfe. Die anfänglich mit Ausnahme von Pyrotechnika friedliche Kundgebung ist durch das äusserst aggressive Verhalten der gewaltbereiten Gruppierung gekippt. Dieser gewalttätigen Gruppierung ist die Verantwortung für die massiven Ausschreitungen, Personen- und Sachschäden zuzuweisen. Die Polizei hatte einen sehr schwierigen und angesichts der massiven gewalttätigen Angriffe äusserst anspruchsvollen Einsatz, um einerseits sich selber zu schützen, andererseits die Gewalt gegen dritte Personen und Sachen zu verhindern oder einzudämmen. Die Polizei geriet durch diese Attacken auch in Notwehr- und Notstandssituationen und musste mehrfach und teilweise massiv Distanzmittel einsetzen.

Der Gemeinderat hat von der Kritik am Polizeieinsatz Kenntnis genommen, wie sie u.a. von Amnesty International geäussert wurde. Die städtischen Behörden und die

Kantonspolizei sind in einem kontinuierlichen Austausch mit Amnesty International. Es fanden bereits vor den Ereignissen vom 11. Oktober 2025 Gespräche zum Bewilligungswesen und Kundgebungsmanagement statt. Der Gemeinderat ist für einen solchen Austausch immer offen und nimmt Kritik von Amnesty International ernst. Auch zum Einsatz vom 11. Oktober 2025 fand ein Gespräch mit Amnesty International in Anwesenheit der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie sowie der Kantonspolizei statt. Die Vorwürfe wurden dabei diskutiert und die verschiedenen Sichtweisen ausgetauscht. Die Kantonspolizei konnte im Einzelnen zu den Vorwürfen von Amnesty International schriftlich Stellung nehmen.

Der Gemeinderat ist keine Untersuchungsbehörde. So kann er nicht im Einzelnen abklären, ob einzelne Polizeimassnahmen verhältnismässig waren. Die Trennung zwischen politisch-strategischer und operativ-taktischer Verantwortung im Sicherheitsbereich des Kantons Bern bringt es mit sich, dass die Kantonspolizei selbst über den Polizeieinsatz und die polizeilichen Massnahmen entscheidet. Somit liegen Zuständigkeit und Verantwortung für den operativen Polizeieinsatz bei der Kantonspolizei. Dennoch hat der Gemeinderat mit seinen Fragestellungen (s. Anhang) zur Klärung der Ereignisse und zur Transparenz über den Polizeieinsatz beigetragen. Er wird auch weiterhin im Dialog mit Amnesty International bleiben und die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie wird ihre regelmässigen Treffen mit Amnesty International fortführen. Der Gemeinderat ist auch offen für den Dialog mit anderen kritischen Gruppierungen. Der Umgang mit Kritik im Zusammenhang mit der Ausübung der Meinungsäusserungsfreiheit ist dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen. Im Dialog sieht der Gemeinderat die Chance, sich auch in diesem zentralen Bereich kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Der Gemeinderat hält aufgrund eigener Beobachtung und der Schilderung der Einsatzkräfte den Polizeieinsatz am 11. Oktober 2025 insgesamt für sehr anspruchsvoll und herausfordernd. Einzelne Polizeimassnahmen können von Betroffenen jederzeit zur Strafanzeige gebracht und durch die Strafjustiz untersucht werden. Im Strafverfahren wird durch die Justiz abgeklärt, ob Rechtsgüter verletzt wurden und ob die Polizei die Verhältnismässigkeit gewahrt hat. Der Gemeinderat hat zur Kenntnis genommen, dass bei der Polizei bis dato eine Meldung einer verletzten Person einging. Die Staatsanwaltschaft ihrerseits hat bislang Kenntnis von zwei Anzeigen gegen Mitarbeitende der Polizei, welche bei ihr eingegangen sind. Im Rahmen dieser Anzeigen erfolgen somit weitere Ermittlungen und Aufarbeitungen des Polizeieinsatzes.

5. Stellungnahme zu Kritik und Fragen im Anschluss an die Ausschreitungen

Im Anschluss an die gewalttätigen Ausschreitungen vom 11. Oktober 2025 wurden an der Medienkonferenz von Kantonspolizei und Stadt Bern, in der Öffentlichkeit und im Stadtrat verschiedene Fragen aufgeworfen. Zu einigen dieser Fragen soll im

vorliegenden Kapitel Stellung bezogen werden. Darüber hinaus finden sich Antworten aus Optik der Kantonspolizei Bern zu 82 Fragen in deren Bericht im Anhang.

Die **Kernfrage**, mit der sich die Stadt nach den massiven Ausschreitungen konfrontiert sah, ist, weshalb die Behörden die unbewilligte Kundgebung nicht verboten und von Anfang an verhindert haben.

Vor dem Hintergrund der gewalttätigen Ereignisse hat der Gemeinderat grosses Verständnis für diese Frage. Der Gemeinderat kann auch klar festhalten, dass er Gewalt nicht akzeptiert, von welcher Seite sie auch ausgeht und wo immer sie sich manifestiert. Der Gemeinderat ist auch Monate nach der Kundgebung noch bestürzt über die Gewalt und Zerstörungswut, die über die Einsatzkräfte der Polizei und die Innenstadt hineingebrochen sind. In Kenntnis der Ereignisse danach (ex-post Betrachtungsweise), würde eine solche unbewilligte Kundgebung von Anfang an verhindert. Über diese Kenntnis verfügt der Gemeinderat vor einer Kundgebung naturgemäss nicht. Daher sind insbesondere folgende Punkte zu beachten:

- **Rechtliche Rahmenbedingungen:** Von Verfassung wegen gilt die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit als ein Grundrecht, welches auch im städtischen Kundgebungsreglement (Reglement über Kundgebungen auf öffentlichem Grund, KgR, SSSB 143.1) seinen Niederschlag findet. Kundgebungen sind ein Teil des politischen Diskurses und sollen die öffentliche Diskussion stimulieren, sie sind ein wichtiger Teil der politischen Meinungsbildung in Bern und in der Schweiz. Grundrechtlich geschützt sind jedoch nur (ursprünglich) friedliche Kundgebungen. Entwickelt sich bei einer anfänglich friedlichen Kundgebung Gewalt in einem Ausmass, dass die meinungsbildende Komponente völlig in den Hintergrund tritt, kann der Grundrechtsschutz entfallen. In der Stadt Bern gilt für Kundgebungen eine Bewilligungspflicht. In einem Bewilligungsverfahren werden wichtige Eckwerte zur Sicherheit, Verkehr und zum geordneten Ablauf geregelt, es handelt sich um eine formale, organisatorische, nicht eine materielle, inhaltliche Bewilligung der Kundgebungen. Eine unbewilligte Kundgebung per se und präventiv zu verbieten, ist ebenfalls nur gestützt auf klare Anzeichen von Gewalt zu rechtfertigen. Wie oben dargelegt wäre trotz Teilnahme einer gewaltbereiten Minderheit eine grossmehrheitlich friedliche politische Kundgebung möglich gewesen. Bis zur Eskalation in der Amthausgasse verlief die Kundgebung denn auch weitgehend friedlich und eine Vielzahl an Teilnehmer*innen machte auf ihre politischen Anliegen aufmerksam. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass die Teilnahme an einer unbewilligten Kundgebung in der Stadt Bern nicht strafbar ist.
- **Abwägungen im Einzelfall:** Mit Blick auf die sehr hohe Anzahl von Teilnehmer*innen lässt sich unter Wahrung der Verhältnismässigkeit eine Kundgebung nicht einfach verbieten oder verhindern. Ein Verbot der Kundgebung bedeutet noch nicht, dass eine solche nicht stattfindet. Mit jedem Verbot stellt sich die Frage nach dessen Um- und Durchsetzbarkeit. Bei einem Besammlungsverbot hätte die gesamte Innenstadt von Bern am 11. Oktober 2025 mit einem enorm hohen Polizeiaufgebot und entsprechenden Polizeisperren besetzt und abgeriegelt werden müssen. Dadurch hätte sich allenfalls ein grösserer Umzug verhindern lassen, kaum jedoch dezentrale Aktionen (allenfalls mit Sachbeschädigungen) oder die Ansammlung von tausenden friedlichen Menschen. Denn jeden Samstag finden sich rund 200'000 Menschen in Bern ein, um Geschäfte und Gastronomiebetriebe aufzusuchen, sich zu treffen oder schlicht ihre Freizeit zu verbringen.

Bei einem Verbot wäre das Risiko einer Eskalation der Situation von Beginn weg hoch gewesen. Auch die Folgen für das Gewerbe wären dadurch erheblich gewesen.

- **Deeskalationsstrategie:** In der Stadt Bern finden jährlich über 300 Kundgebungen statt. Als Bundesstadt hat Bern einen besonderen Stellenwert mit starker Symbol- und Appellwirkung. Die bewilligten Kundgebungen führen in den seltensten Fällen zu Problemen. Bei unbewilligten Kundgebungen kann es, muss aber nicht zu Sicherheitsproblemen kommen. Hier gilt der Grundsatz, dass die Behörden friedliche Anlässe der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit tolerieren und in der Regel nur bei strafbaren Handlungen einschreiten. Nichtsdestotrotz hält der Gemeinderat klar fest, dass die Kundgebungen immer an Gehalt und Wirkung gewinnen, wenn sie organisiert und bewilligt werden, und damit angesichts der vielfältigen Nutzungsansprüche an den öffentlichen Raum in einem koordinierten Rahmen stattfinden können.

Aufgrund des Risikos einer Teilnahme einer gewaltbereiten Minderheit hat die Stadt Bern explizit von einer Teilnahme an der Kundgebung vom 11. Oktober 2025 abgeraten. Die Kantonspolizei ist sodann eingeschritten, als vermummte Personen Sachbeschädigungen begingen, die Polizeikräfte angriffen und versuchten, die Sperre bei der Amthausgasse zu durchbrechen. Es ist der Polizei gelungen, zahlreiche gewaltbereite Teilnehmende anzuhalten. 536 Personen wurden von der Polizei kontrolliert. Die juristische Aufarbeitung wird zeigen, in wie vielen Fällen es zu Strafanzeigen kommt und Straftaten nachweisbar sind.

- **Begrenzte Steuerungsmöglichkeit der Stadt:** Die Steuerungsmöglichkeit der Stadt ergibt sich primär im Vorfeld und zwar im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Kundgebungen. In einem solchen kann die Stadt Auflagen zur Vorbereitung und zum geordneten Ablauf der Kundgebung machen. Findet eine Kundgebung aber unbewilligt statt, greift diese Einflussmöglichkeit der Stadt nicht und es sind vorwiegend die polizeilichen Instrumente und Massnahmen, welche zur Anwendung gelangen. Auch wenn der Gemeinderat bei einer unbewilligten Kundgebung Vorgaben an die Kantonspolizei machen kann, ob eine solche zu tolerieren oder in welchen Fällen und bei Vorliegen welcher Voraussetzungen aufzulösen sei, hat er bei der Umsetzung wenig Einfluss. Bei der Sicherheitsbeurteilung und den Auswirkungen eines solchen strategischen Entscheids ist der Gemeinderat bzw. die zuständige Direktion auf die polizeilichen Lageanalysen (inkl. nachrichtendienstliche Erkenntnisse) und Einschätzungen der Polizei angewiesen. Zudem müssen strategische Rahmenbedingungen der Stadt operativ für die Kantonspolizei umsetzbar sein. Ebenfalls wichtig zu betonen ist, dass aufgrund der Trennung von strategischen und operativen Zuständigkeiten die Kantonspolizei jeweils das operative Dispositiv selbst festlegt (z.B. Höhe des Polizeiaufgebots, polizeiliche Massnahmenplanung und -umsetzung). Die Umsetzung der Strategie und die tatsächlich zu treffenden polizeilichen Massnahmen unterliegen allein der Güterabwägung der Kantonspolizei vor Ort. Die Polizei bleibt somit dem gesetzlichen Verhältnismässigkeitsgrundsatz verpflichtet und ist insofern nicht an allfällige Steuerungsvorgaben der Stadt Bern gebunden. Sobald es zu strafbaren Handlungen kommt, greift die polizeiliche Verpflichtung zur Strafverfolgung und zur Verhinderung weiterer Straftaten; ab diesem Zeitpunkt entfällt eine allfällige Einflussnahme des Gemeinderats ohnehin.

Zu weiteren Themen und Fragen wird in Form der nachfolgenden Tabelle in aller Kürze Stellung bezogen. Weitere Hinweise und Angaben finden sich wie dargelegt im Anhang.

Thema Fragestellung	Stellungnahme
Gewalt an der unbewilligten Kundgebung	<p>Der Gemeinderat verurteilt die gewalttätigen Vorfälle rund um die unbewilligte Kundgebung von 11. Oktober 2025. Einer gewalttätigen Minderheit ging es nicht um die Sache, sie suchten die Konfrontation und insbesondere die gezielten Angriffe auf Sicherheitskräfte oder Unbeteiligte. Die von ihnen verübten Personen- und Sachschäden sind nicht tolerierbar. Diese Gruppe trägt die Verantwortung für die Gewalt und die Ausschreitungen. Festzuhalten ist, dass eine Mehrheit der Teilnehmer*innen friedlich, wenn auch aufgrund der fehlenden Organisation sehr unkoordiniert und ziellos demonstrierte.</p>
Warum wurde die Kundgebung nicht verboten?	<p>Die Kundgebung wurde nicht bewilligt. Die Teilnahme an einer unbewilligten Kundgebung ist jedoch rechtlich in der Stadt Bern nicht verboten, es besteht gestützt auf städtisches Kundgebungsrecht auch keine Verpflichtung, eine gewalttätige Demonstration zu verlassen. Solange die Kundgebung friedlich verlief, wurde sie im Sinne des Grundrechtsschutzes und der Verhältnismässigkeit toleriert. Die Kantonspolizei war mit einem Grossaufgebot präsent und intervenierte nach gewalttätigen Angriffen und nach Sachbeschädigungen seitens des militanten Kerns.</p>
Weshalb wurde seitens Stadt Bern auf eine bewilligte Kundgebung hingewirkt?	<p>Die Bewilligungspflicht ist wichtig. Damit können einerseits im Vorfeld wichtige Eckpunkte (Route, Sicherheit, mögliche Einschränkungen öV und Gewerbe etc.) mit den Behörden abgesprochen werden, auch besteht ein Kontakt zu Organisator*innen. Dadurch kann eine Kundgebung geordnet durchgeführt werden, was wiederum dem Anliegen der Kundgebungsteilnehmer*innen/Organisator*innen gerecht wird. So können Inhalte wirkungsvoll transportiert werden. Unbewilligte Kundgebungen finden dagegen ohne diese lenkende Wirkung statt und das Risiko eines unkoordinierten, ungeordneten oder gewalteskalativen Verlaufs ist besonders bei grossen Menschenmengen – wie der 11. Oktober gezeigt hat – hoch.</p> <p>Die vorliegende unbewilligte Kundgebung hat somit einmal mehr eindrücklich gezeigt, warum vorgängige Absprachen mit den Behörden zentral gewesen wären. An der Bewilligungspflicht soll deshalb unbedingt festgehalten werden. Mit strukturierten, organisierten Demonstrationen lassen sich Inhalte der freien Meinungsäusserung geordnet und wirksam transportieren, Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit können damit besser geschützt werden.</p>

Thema Fragestellung	Stellungnahme
Warum wurde die Besammlung auf dem Bahnhofplatz nicht verhindert?	<p>Das wäre nicht verhältnismässig gewesen. Auf dem Bahnhofplatz fanden sich tausende (geschätzt rund 8'000), mehrheitlich friedliche Teilnehmer*innen ein, darunter auch wenige Kinder und ältere Menschen. Es erfordert einen massiven Mitteleinsatz von Seiten der Polizei, um eine Besammlung zu verhindern und aufzulösen. Personen müssen bei Zugängen auf den Bahnhofplatz kontrolliert und auf das Versammlungsverbot hingewiesen werden, sich bildende Menschenansammlungen müssen durch polizeiliches Auftreten immer wieder aufgelöst werden. Diese Massnahmen führen zu grossen Behinderungen in der Bewegungsfreiheit für all die zahlreichen Personen, die sich um jene Zeit im Raum Bahnhof aufhalten. Ein solcher Mitteleinsatz wäre aus Verhältnismässigkeitsgründen kaum zu rechtfertigen gewesen. Ausserdem hätten die Behörden und die Polizei mit einem solchen Verhalten den Vorwurf ausgelöst, die Polizei habe durch ihr Handeln eine bis dahin friedliche Kundgebung eskalieren lassen. Die Kantonspolizei hält zur Frage der Isolation des sogenannten «schwarzen Blocks» bereits auf dem Bahnhofplatz in Ziff. 3.2.1 ihres Berichts im Anhang fest: <i>«Eine Isolation des schwarzen Blocks während der Besammlungsphase entsprach nicht diesem Auftrag und hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit unmittelbar zu einer gewaltsamen Eskalation im äusserst stark frequentierten Bereich des Hauptbahnhofs geführt. Dies hätte ein erhebliches Risiko für die grosse Zahl unbeteiligter Passantinnen und Passanten sowie für friedliche Kundgebungsteilnehmende bedeutet. Zudem hätten Personen des schwarzen Blocks problemlos in der übrigen Menschenmenge untertauchen können. Zu beachten ist auch, dass es am Besammlungsplatz zu keinen Sachbeschädigungen kam»</i>. Und in Ziff. 4.1.4 hält die Kantonspolizei fest: <i>«Dabei ist zu berücksichtigen, dass es in der Vergangenheit bereits zu zahlreichen Kundgebungen mit verummten Personen gekommen ist, ohne dass es zu Sachbeschädigungen kam»</i>.</p>
Waren die Behörden überrascht?	<p>Nein. Stadt und Kantonspolizei begleiteten die Entwicklungen bereits im Vorfeld eng. Da sich eine sehr grosse Anzahl von Teilnehmer*innen abzeichnete, bemühten sich die Stadtbehörden mit verschiedenen Massnahmen, eine verantwortliche Ansprechperson zu erreichen, um die Rahmenbedingungen einer solchen Kundgebung in geordnete Bahnen zu lenken. Die Stadt Bern bietet Hand zum friedlichen Protest, denn die freie Meinungsäusserung ist ein hohes Gut und Bern hat als Bundesstadt und Ort der politischen Debatte eine besondere Bedeutung. Zudem war es aufgrund der kurzfristigen Entwicklungen im Kriegsgebiet (Gaza) offen, ob sich das mässigend auf die</p>

Thema Fragestellung	Stellungnahme
	<p>Kundgebung auswirken kann. Mit der Teilnahme einer gewaltbereiten Minderheit haben die Behörden jedoch gerechnet und entsprechende Vorbereitungen (Polizeiaufgebot, Abraten von Teilnahme, Vorbereitung polizeilicher Massnahmen) getroffen und die Polizei ist bei strafbaren Handlungen eingeschritten. Auch zu erwähnen ist, dass die Polizei 536 Personen für die nun noch laufenden Ermittlungen zu strafbaren Handlungen identifizieren konnte.</p>
<p>Beurteilung des Polizeieinsatzes</p>	<p>Der Gemeinderat hat sich bereits anlässlich der Sitzung vom 15. Oktober 2025 ein erstes Mal durch die Kantonspolizei informieren lassen und er hat ihr in einer <u>Medienmitteilung</u> Rückhalt zum polizeilichen Vorgehen / Umgang mit der unbewilligten Kundgebung ausgesprochen. Der Gemeinderat ist auch Monate nach den Ereignissen über das massive Gewaltpotential und die gezielten Angriffe auf die Polizei und die Verwüstungen in der Innenstadt schockiert und verurteilt diese in aller Schärfe. Die Polizei hatte einen sehr schwierigen und herausfordernden Einsatz. Angesichts der massiven organisierten Gewalt gegen die Polizeikräfte hält der Gemeinderat den Polizeieinsatz insgesamt für angemessen. Aufgrund von Anzeigen werden weitere Ermittlungen zum Polizeieinsatz durch die Justiz stattfinden. Einzelne Polizeihandlungen und -massnahmen können vom Gemeinderat nicht auf ihre Verhältnismässigkeit überprüft werden. Der Gemeinderat hat mit seinen Fragen zur Klärung der Ereignisse und Transparenz über den Polizeieinsatz beigetragen. Er pflegt einen offenen Austausch auch mit Amnesty International und nimmt deren Kritik ernst. Der Gemeinderat wird diesen Dialog auch mit anderen Gruppierungen weiterhin pflegen und ist für eine Weiterentwicklung des Kundgebungsmanagements offen. Zu den von Amnesty International vermeldeten 326 behandelten verletzten Kundgebungsteilnehmenden ist weder der Kantonspolizei noch dem Gemeinderat etwas näheres bekannt bzw. diese genannte Anzahl konnte nicht ansatzweise verifiziert werden, wurden doch weder aus den Notfalleinrichtungen noch durch den Rettungsdienst Auffälligkeiten gemeldet.</p>
<p>Kostenüberwälzung an strafbare Personen</p>	<p>Das kantonale Polizeigesetz sieht in Artikel 54 ff. die Möglichkeit der Kostenüberwälzung vor. Die Stadt Bern verzichtet bei grundrechtsgeschützten Kundgebungen auf eine Weiterverrechnung (Art. 5a Kundgebungsreglement, KgR, SSSB 143.1). Kommt es bei einer Kundgebung zu gewalttätigen Ausschreitungen, die den Grundgedanken der Kundgebung völlig in den Hintergrund rücken lässt, so ist die Versammlung ab jenem Zeitpunkt jedoch nicht mehr von der Meinungsäusserungs- und</p>

Thema Fragestellung	Stellungnahme
	<p>Versammlungsfreiheit geschützt und entsprechend auch keine grundrechtsgeschützte Kundgebung mehr. In diesen Fällen ist eine Kostenüberwälzung aus Gemeinderatssicht angezeigt. Ein Entscheid darüber kann jedoch erst nach rechtskräftiger Verurteilung durch die Strafjustiz und nur nach einer Einzelfallprüfung in rechtlichen Verfahren gefällt werden. Ob Kosten des Polizeieinsatzes dereinst nach Abschluss der Strafverfahren überwält werden können, wird somit vom Ausgang dieser rechtlichen Verfahren abhängen.</p>
<p>Ist die Teilnahme an einer unbewilligten Kundgebung strafbar?</p>	<p>Nein. Es machen sich lediglich jene strafbar, welche als Organisator*innen keine Bewilligung einholen oder die Bewilligung nicht einhalten. Teilnehmer*innen einer unbewilligten Kundgebung machen sich jedoch nicht strafbar. Die Stadt Bern hat im Vorfeld ebenfalls abgeraten, an der Kundgebung teilzunehmen und darauf hingewiesen, dass sie unbewilligt und mit einer schwer vorhersehbaren Dynamik und entsprechenden Risiken verbunden ist.</p>
<p>Hat sich die Deeskalationsstrategie auch am 11.10.2025 bewährt?</p>	<p>Ja. Die Deeskalationsstrategie berücksichtigt die Balance zwischen Grundrechtsschutz und Sicherheit in angemessener Weise. Mit der anfänglichen Duldung der noch friedlichen Kundgebung am 11. Oktober 2025 konnte der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit Rechnung getragen werden. Diese Grundrechte sind eine Qualität des Lebens in der Schweiz, erst recht in der Bundesstadt. Die Deeskalationsstrategie ergibt sich auch aus dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit einer polizeilichen Intervention. Sobald es bei einer Kundgebung zu Straftaten kommt, wird jedoch eingegriffen. Dies war auch am 11. Oktober 2025 so. Die Deeskalationsstrategie erlaubt in der Regel nicht nur, friedliche Kundgebungen zu ermöglichen, sondern auch Schaden an unbeteiligten Menschen zu verhindern. Dies gelang hinsichtlich des stark frequentierten Bahnhofplatzes auch am 11. Oktober 2025. Die schweren Ausschreitungen in der Folge liessen sich jedoch durch die anfängliche Deeskalation nicht vollständig verhindern. Wichtig ist aber zu betonen, dass jede Kundgebung im Einzelfall betrachtet werden muss. Gewaltaufrufe und ausgeübte Gewalt unter dem Deckmantel der Meinungsäusserungsfreiheit werden nicht toleriert.</p>
<p>Antisemitismus</p>	<p>Die teilweise festzustellenden Tendenzen eines zunehmenden Antisemitismus dürfen nicht toleriert werden. Hier sind die Behörden und die Gesellschaft aufgerufen, bereits Ansätze nicht zu tolerieren, zu verurteilen und Massnahmen zu treffen. Die Kundgebung vom 11. Oktober 2025 ist betreffend Antisemitismus nicht durch eine nachweisbare Radikalität aufgefallen. Hingegen ist festzustellen, dass sich antisemitische Tendenzen in der</p>

Thema Fragestellung	Stellungnahme
	<p>Gesellschaft verstärken. Zum bisher bekannten rechtspopulistischen, rassistisch motivierten und zum oft aus der Region eingeschleppten antiisraelisch-muslimischen Antisemitismus gesellt sich ein linker, israelkritischer Antisemitismus, wobei sich die drei Strömungen in immer neuer Form vereinen. Israelkritik und Antisemitismus sind teilweise nicht klar zu trennen. Vgl. zum Stand der Antisemitismusdebatte in der Schweiz die Ausführungen des jüdischen Publizisten Yves Kugelman¹</p>
Linksextremismus	<p>Einschätzung links- und rechtsextremer Gewalt: Gemäss Einschätzung der Kantonspolizei ist die Lage in Bezug auf Gewalt durch linksextreme Strukturen in Bern akzentuiert. Es gebe nicht "die" gewaltextremistisch motivierte linksextreme Gruppierung in der Stadt Bern. Es sind vielmehr einzelne Personen, welche situativ als Gruppe oder als Einzelpersonen gewalttätig in Erscheinung treten. Insgesamt könne festgestellt werden, dass Gewaltezesse im Zusammenhang mit Kundgebungen über die Jahre hinweg tendenziell abgenommen haben. Ob die Ausschreitungen im Jahr 2025 eine Trendumkehr darstellen oder lediglich eine isolierte Zunahme sind, wird sich erst langfristig zeigen. Die Stadt Bern setzt sich u.a. mit der Fachstelle Radikalisierung und Gewaltprävention aktiv mit der Thematik auseinander.</p> <p>Die Zuständigkeit für die Analyse der Lageentwicklung im Bereich des gewalttätigen Extremismus liegt grundsätzlich beim Nachrichtendienst des Bundes, der jährlich einen <u>Lagebericht</u> publiziert.</p>
Wie kam es zur Intervention der Kantonspolizei?	<p>Darüber gibt Ziff. 2.2 des Berichts der Kantonspolizei im Anhang in einer detaillierten Chronologie Auskunft.</p>
Politische Aufarbeitung	<p>Der Gemeinderat hat die gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich der unbewilligten Kundgebung vom 11. Oktober 2025 mehrfach verurteilt. Die sorgfältige Aufarbeitung der Ereignisse wird mit dem vorliegenden Bericht nicht abgeschlossen sein. In die weitere Aufarbeitung werden die Gespräche mit der Geschäftsprüfungskommission und</p>

¹ Yves Kugelman betont, dass antisemitische Übergriffe in der Schweiz kein neues Phänomen seien, heute aber häufiger wahrgenommen und öffentlich diskutiert würden. Seit dem 7. Oktober 2023 sei Antisemitismus sichtbarer geworden. Zugleich werde die Debatte medial und politisch befeuert, was eine sachliche Einordnung erschwere. Er warnt davor, mit Antisemitismus Politik zu machen, und plädiert dafür, Übergriffe in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext einzuordnen, auch im Vergleich zu Gewalt gegen andere Minderheiten. Kritisch äussert er sich zur Auslegung der Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance, da diese häufig dazu führe, Israelkritik als antisemitisch auszuliegen.
Zum gesamten Interview: <https://www.amnesty.ch/de/ueber-amnesty/publikationen/magazin-amnesty/2025-3/mit-antisemitismus-wird-heute-zu-sehr-politik-gemacht>

Thema Fragestellung	Stellungnahme
	dem Stadtrat (Behandlung der parlamentarischen Vorstösse) einfließen.
Sachschäden und Umsatzeinbussen	<p>Inwieweit die Sachschäden nicht durch eine Versicherung gedeckt sind, kann nicht abgeschätzt und muss in jedem Einzelfall geprüft werden. Der jeweiligen Eigentümerschaft steht es frei, ihre Ansprüche, welche nicht durch eine Versicherung gedeckt sind, in einem Straf- oder Zivilverfahren geltend zu machen. Auch die Stadt hat Strafanzeige eingereicht und wird sich als Privatklägerin am Strafverfahren beteiligen.</p> <p>Aktuell bestehen keine gesetzlichen Grundlagen zum Ausgleich von ungedeckten Sachschäden oder Umsatzeinbussen durch die Stadt Bern. Ob solche Möglichkeiten und Grundlagen geschaffen werden sollen, prüft der Gemeinderat erst, wenn solche Forderungen von Geschädigten an ihn herangetragen werden. Dies ist bis dato nicht der Fall. Die entstandenen Sachschäden sind jedoch in den allermeisten Fällen versicherbar. Der Gemeinderat tendiert eher zur Haltung, dass die Umsatzeinbussen, die entstandenen Umstände und die seelische Unbill («tort moral»), welche den Liegenschaftseigentümer*innen anlässlich von Demonstrationen entstehen können bisher nicht ein Ausmass erreichen, die eine Entschädigungslösung rechtfertigen.</p>
Handhabung künftiger unbewilligter Kundgebungen	<p>Jede unbewilligte Kundgebung ist ein Einzelfall und muss individuell hinsichtlich des Risikopotentials beurteilt werden. Ob eine unbewilligte Kundgebung bereits präventiv und vor Sachbeschädigungen gestoppt wird, hängt von den der Polizei im Rahmen der Lagebeurteilung vorhandenen Informationen sowie der Risikobeurteilung ab. Dabei fließen Erkenntnisse aus früheren Kundgebungen ein. Über die Umsetzung entscheidet die Kantonspolizei vor Ort nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit. Im Rahmen dieser Einzelfallbeurteilung entscheiden Kantonspolizei und Stadt auch, ob es eines Entscheids zu strategischen Rahmenbedingungen des Gemeinderats bedarf oder nicht. Je heikler die Ausgangslage und schwerwiegender mögliche Auswirkungen sind, umso eher erfolgt ein solcher Entscheid auf Stufe des Gemeinderats. In allen Fällen steht die zuständige Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie in engem und kontinuierlichem Austausch mit der Kantonspolizei und spricht die möglichen Szenarien und Vorgehensweisen ab.</p>

6. Schlussfolgerungen des Gemeinderats und Lehren für die Zukunft

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es schwierig ist, im Kundgebungsmanagement Lehren für künftige Fälle zu ziehen. Denn jeder Einzelfall muss aufgrund der tatsächlichen Begebenheiten und Risikoeinschätzung individuell beurteilt und entschieden werden. Die nächste unbewilligte Kundgebung wird ziemlich sicher nicht gleich und somit auch nicht gleich zu handhaben sein.

Allerdings verfügt die Stadt Bern über eine lange Kontinuität in der Bewilligung und Beurteilung jeglicher Art von Kundgebungen in den letzten 40 Jahren. Während anfangs der 80er Jahre die Jugendunruhen, die Vorfälle rund um die Zaffaraya-Räumung, die Tschernobyl-Demo 1987 politisch noch hohe Wellen warfen, entwickelten die Stadtpolizei, später die Kantonspolizei, die Gewerbepolizei mit dem Veranstaltungs- und Kundgebungsmanagement und die politischen Behörden der Stadt Bern seit dem Jahr 2000 die Deeskalationsstrategie, die seither konsequent angewendet wird und sichtlich zu einer Beruhigung im Umgang mit gewalttätigen Demonstrationen geführt hat. Dass es nur zu einzelnen grossen Eskalationen seither kam («Schande von Bern» bei der Störung einer SVP-Wahlveranstaltung 2007 oder Tanz-Dich-frei 2013) beweist den Erfolg und die Kontinuität, welche Polizei und Behörden bei der Bewältigung von zahlreichen Grosskundgebungen, aber auch von gewalttätigen Umzügen oder Gewaltexzessen bei Sportveranstaltungen an den Tag legen konnten.

Der Gemeinderat begrüsst, dass die Kantonspolizei bei grösseren Anhaltungen im Nachgang zur Kundgebung allfälliges Optimierungspotential prüfen will, um den Personendurchfluss bei der Abarbeitung von angehaltenen Personen zu erhöhen, ohne dabei die Gerichtsverwertbarkeit der Beweismittelerhebung zu beeinträchtigen.

Wie bisher wird der Gemeinderat darauf hinwirken, dass Kundgebungen in der Stadt Bern bewilligt durchgeführt werden. Bewilligungen sind in der Stadt Bern rasch und unkompliziert erhältlich. Bewilligungen ermöglichen klare Absprachen zu Sicherheits- und Verkehrsaspekten und koordinieren die Nutzung des öffentlichen Raums. Eine Ansprechperson, der Dialog mit den Behörden und ein/e Organisator*in sind für geordnete Kundgebungen von zentraler Bedeutung. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass gehaltvolle Kundgebungen einen wichtigen Beitrag zur politischen Debatte und zur politischen Kultur in der Schweiz leisten können. Insofern will er an der bisherigen Praxis unbedingt festhalten und damit zur Weiterentwicklung der politischen Kultur beitragen. Umgekehrt ist für den Gemeinderat im vergangenen Sommer (gescheiterte Kundgebungen vom 24. Mai und 11. Oktober) auch wieder klar geworden, dass Kundgebungen keinen Grundrechtsschutz mehr beanspruchen können, sobald sie eskaliert sind. Die freie Meinungsäusserung und die Versammlungsfreiheit können ab diesem Zeitpunkt nicht mehr angerufen werden. Das Bewilligungsverfahren leistet grosse Dienste, wenn es eben gerade darum geht, den politischen Gehalt von Kundgebungen ins Zentrum zu stellen. Aus diesen Gründen will der Gemeinderat am geltenden Kundgebungsreglement unbedingt festhalten, und darauf hinwirken, die hohe Anzahl unbewilligter Demonstrationen zu senken.

Ob auf Ebene der Stadt weitere wirksame Massnahmen entwickelt werden können, ist zu prüfen. In der öffentlichen Debatte wurde die Frage einer Verschärfung des Kundgebungsreglements gestellt. Im Raum steht dabei eine Norm, welche eine Teilnahme an einer unbewilligten Kundgebung unter gewissen Voraussetzungen unter Strafe stellen würde. Damit müssten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer von einer Kundgebung entfernen, sobald sie von der Polizei dazu aufgefordert worden würden. Einen sogenannten Entfernungsartikel kennen andere Städte. In der Stadt Bern wurde die Einführung eines Entfernungsartikels bis anhin abgelehnt. Im Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat zur Totalrevision des Kundgebungsreglements vom 1. September 2004 sowie im Vortrag zur Teilrevision des Kundgebungsreglements vom 26. März 2008 war die Einführung eines Entfernungsartikels mit entsprechender Strafbestimmung vorgesehen. Der Stadtrat hat jedoch in beiden Fällen die Einführung eines Entfernungsartikels abgelehnt. Auch die Einführung eines Entfernungsartikels im Rahmen einer Initiative wurde im Jahr 2009 vom Stadtrat sowie in der Abstimmung vom 13. Juni 2010 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Bern mit 50,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Der Gemeinderat stellt fest, dass auch Städte mit Entfernungsartikel von gewalttätigen Vorkommnissen an Kundgebungen betroffen sind. Ob eine erneute Diskussion eines Entfernungsartikels auf die politische Agenda kommt, wäre primär im Stadtrat zu diskutieren.

Ebenfalls darf die Frage einer noch proaktiveren Kommunikation je nach Einzelfallbeurteilung gestellt werden. Je nachdem kann die Kommunikation, wie mit einer unbewilligten Kundgebung umgegangen wird, das Sicherheitsrisiko positiv oder negativ beeinflussen. Im vorliegenden Fall hat der Bundesplatz als Ausweichstandort für die unbewilligte Kundgebung auf dem Bahnhofplatz gedient. Dies wurde so in den Szenarien von Stadt und Polizei abgesprochen. Es sollte einerseits die engen räumlichen Verhältnisse auf dem Bahnhofplatz mit den zahlreichen Reisenden entlasten, andererseits aber auch eine gute Plattform bieten für die Ausübung der friedlichen Meinungsäusserung zu einem legitimen Anliegen. Dieser Umstand, dass der Bundesplatz trotz unbewilligter Kundgebung den friedlichen Teilnehmenden zur Verfügung steht, wurde nicht aktiv kommuniziert. Aktiv kommuniziert werden können hätte seitens Behörden ebenfalls im Vorfeld die Auflage, dass lediglich eine Platzkundgebung auf dem Bundesplatz toleriert wird, jedoch nicht weitere Umzüge durch die Innenstadt. Natürlich gab es auch gute Gründe, hier nicht noch weiter aktiv zu kommunizieren, zumal es eine unbewilligte Kundgebung blieb und die Behörden für solche unbewilligten Kundgebungen nicht noch zusätzlich mobilisieren oder gar Akzeptanz schaffen wollen. Mit anderen Worten: Hätte dies der Gemeinderat getan, wäre ihm wohl nach den Ereignissen vorgeworfen worden, er hätte sich nicht klar von dem unbewilligten Charakter der Kundgebung abgegrenzt und einen gewalttätigen Verlauf womöglich in Kauf genommen.

In künftigen Fällen wird es eine nicht einfache Aufgabe bleiben, die Kommunikation gegen aussen im Einzelfall genau abzuwägen und allenfalls anders als bisher zu handhaben.

Mit der politischen Aufarbeitung liegen nun auf städtischer, kantonaler und Bundesebene Forderungen, Massnahmen und Diskussionsansätze auf dem Tisch. Der Gemeinderat wird die auf Stadtebene eingereichten Vorstösse sorgfältig prüfen, daraus Schlussfolgerungen für das künftige Kundgebungsmanagement und die Arbeit und Sensibilisierung der Polizei ableiten. Mit diesem Bericht ist die Aufarbeitung deshalb nicht abgeschlossen. Weitere Schritte, so etwa auch die Diskussionen im Stadtrat oder der Austausch mit der Geschäftsprüfungskommission werden Teil der Aufarbeitung sein.

Es wäre aber auch falsch, aus den Gewaltexzessen vom 11. Oktober 2025 alles Bewährte aufzugeben und das Ruder ohne vertiefte Reflexion um 180 Grad zu drehen. In der Bundesstadt laufen die jährlich über 300 Kundgebungen grösstenteils geordnet ab. Viele unbewilligte Kundgebungen, von denen die Behörden nicht einmal abschliessend Kenntnis haben, erfordern kein polizeiliches Eingreifen. Kommt es zu heiklen Situationen, sind die Behörden mit der Deeskalationsstrategie in der Vergangenheit in der Regel sehr gut gefahren und auch die Bevölkerung und das Leben in Bern wurde dadurch nicht übermässig beeinträchtigt. Es wird wie bisher im Einzelfall und gestützt auf eine Lage-, Risiko- und Verhältnismässigkeitsbeurteilung der Kantonspolizei zu prüfen sein, ob unbewilligte Kundgebungen früher verhindert oder gestoppt werden können und sollen.

Im künftigen Kundgebungsmanagement wird der Gemeinderat weiterhin sowohl dem Bedürfnis des Demokratiezentrum Bern als auch dem Bedürfnis der Stadtbevölkerung und des Gewerbes nach möglichst wenig Beeinträchtigungen des Stadtlebens Rechnung zu tragen haben. Dabei will der Gemeinderat sich auch weiterhin nach dem Grundsatz der deeskalierenden Begleitung von Entwicklungen richten. Fest steht dabei aber auch, dass Gewalt auf diesem Weg auf keinen Fall eine Lösung ist und vom Gemeinderat nicht toleriert wird.

Bern, 14. Januar 2026

Der Gemeinderat

Anhang:

Bericht der Kantonspolizei Bern vom 16. Dezember 2025 zu den Ereignissen der unbewilligten Kundgebung «2 Jahre Genozid – 100 Jahre Widerstand» vom 11.10.2025